

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 28 (2002)

Heft: 1

Artikel: Die Dynamik gesellschaftlicher Prozesse : generatives Handeln im ostdeutschen Transformationsprozess

Autor: Niephaus, Yasemin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-814400>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Dynamik gesellschaftlicher Prozesse – generatives Handeln im ostdeutschen Transformationsprozess*

Yasemin Niephaus**

1 Einleitung

Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre mündete bis zum Jahr 1994 in einem Rückgang der Zahl der Lebendgeborenen um gut 55% im Vergleich zum Jahr 1990. Dieser Rückgang ist als Reaktion der ostdeutschen Frauen auf den Transfer einer traditionalistisch-konservativen Familienpolitik zu verstehen, deren Leitidee der *männlichen Ernährerehe* nicht allein im Widerspruch zu der, der Familienpolitik der früheren DDR zugrunde liegenden, Leitidee der *egalitären Doppelernährer-Ehe* (Pfau-Effinger, 1995) steht, sondern auch im Widerspruch zu den Lebensverläufen und Einstellungen der ostdeutschen Frauen.

Konflikte zwischen einer traditionell definierten Mutterrolle und dem damit unvereinbaren Wunsch nach Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern im betreuungsbedürftigen Alter, wie sie formal hoch qualifizierten westdeutschen Frauen mit ausgeprägter Erwerbsorientierung bekannt sind (Strohmeier, 1993; Huinink, 1995), stellen sich nach Übernahme der Institution der bundesdeutschen Familienpolitik im Zuge des deutschen Einigungsprozesses dem Grossteil der ostdeutschen Frauen. Gründe hierfür sind die im Vergleich zu den westdeutschen Frauen ausgeprägtere Erwerbsorientierung und vermehrte Erwerbstätigkeit der ostdeutschen Frauen (Winkler, 1990; Statistisches Bundesamt, 2000). Mit Übernahme der Institution der bundesdeutschen Familienpolitik wird die kontinuierliche Erwerbstätigkeit der ostdeutschen Frauen bei Anwesenheit von zu betreuenden Kindern im Haushalt nicht länger über die Externalisierung von Kinderbetreuungsaufgaben gefördert, sondern sequentiell, vor und nach Zeiten der Kinderbetreuung, die in der Regel von der Mutter wahrgenommen werden.

* Dieser Artikel stellt eine gekürzte und überarbeitete Version meiner Dissertation dar, die ich im Dezember 2000 an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Heidelberg unter dem Titel «Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Lebensverläufe und Lebenspläne ostdeutscher Frauen im Widerspruch zur bundesdeutschen Familienpolitik» eingereicht habe.

Für die Betreuung der Arbeit und die kritische Begleitung des Arbeitsprozesses gilt mein Dank meinen beiden Gutachtern, Herrn Prof. Dr. Jürgen Kohl und Herrn Prof. Dr. Götz Rohwer.

** Yasemin Niephaus, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Burgstrasse 21, D-04109 Leipzig.

Damit gewinnt die Entscheidung zur Realisierung eines Kinderwunsches einen bis dahin nicht gekannten Problemgehalt für ostdeutsche Frauen, der durch die sich insbesondere für Frauen im Osten Deutschlands nach 1990 verschlechternde Arbeitsmarktsituation verstärkt wird und der Weiterführung bekannter Lebensverlaufsmuster im Wege steht.

Für die Autoren bisher vorliegender Ansätze zur Erklärung des Geburteneinbruchs im Osten Deutschlands nach 1990 stellt dieser lediglich eine Phase innerhalb eines langfristig zu erwartenden Angleichungsprozesses des generativen Handelns der ostdeutschen Frauen an das der westdeutschen dar (Höhn, Mammeij und Wendt, 1990; Wendt, 1991; Menning und Dorbritz, 1992; Menning, 1995; Zapf und Mau, 1993; Zapf und Mau, 1998; Lechner, 1998). Dieser sowohl auf der Ebene des manifesten Handelns als auch auf der Einstellungsebene prognostizierte Angleichungsprozess scheint aufgrund identischer institutioneller Rahmenbedingungen im Osten und Westen Deutschlands nach Transfer des bundesdeutschen Institutionengefuges auf das Gebiet der früheren DDR zwangsläufig erfolgen zu müssen – lediglich aufgeschoben durch die hohe Arbeitslosigkeit, von der vor allem Frauen betroffen sind, und anfängliche Unsicherheiten im Umgang mit den transferierten westdeutschen Institutionen.

Wenngleich das Jahr 1994 den Tiefpunkt der Entwicklung des ostdeutschen Fertilitätsniveaus im vereinten Deutschland darstellt, ist in den darauf folgenden Jahren noch keine Angleichung des ostdeutschen Fertilitätsniveaus an das westdeutsche erfolgt (Sackmann, 2000). Von grundsätzlichem soziologischen Interesse dürfte daher die Frage sein, ob solch eine mechanische Angleichung im Zuge des Transfers von Institutionen möglich ist, oder ob nicht vielmehr der Versuch, gesellschaftliche Prozesse exogen zu regulieren, aufgrund seiner fehlenden mikrosoziologischen Fundierung fehlschlagen muss. Dieser Schluss liegt nahe, wenn man Institutionen als makrosoziologischen Bestandteil einer Kultur sieht, der Entsprechungen auf der mikrosoziologischen Ebene im Bereich individueller Wertvorstellungen und Einstellungen benötigt, um Handeln auf die den Institutionen zugrunde liegenden Leitideen beziehen und gesellschaftsspezifische Muster von Lebensverläufen strukturieren zu können, die wiederum zur Fortentwicklung von Institutionen beitragen können.¹

Der Geburteneinbruch stellt demnach nicht eine Phase innerhalb eines langfristig erfolgenden Angleichungsprozesses dar, an dessen Ende im vereinten Deutschland sozialisierte ostdeutsche Frauen ein mit den westdeutschen Frauen vergleichbares generatives Handeln aufweisen, sondern ist Ausdruck einer als *schöpferische Neuerfindung*²

1 Ähnlich argumentiert Pfau-Effinger (1995), die die Entwicklung institutioneller Leitideen in einer sozio-historischen Analyse aufzeigt.

2 Diesen Begriff wähle ich in Anlehnung an Bourdieu ([1977] 2000, 27), der die algerische Gesellschaft in den frühen 1960er Jahren in ihrer Widersprüchlichkeit zwischen einer importierten kapitalistischen Marktlogik und den vorkapitalistischen Einstellungen der algerischen Bevölkerung analysiert.

erfolgenden Anpassung der Handlungsweisen ostdeutscher Frauen an die westdeutsche Gesellschaftsordnung, das westdeutsche Institutionenengefüge, insbesondere die Institution der Familienpolitik. Eine *schöpferische Neuerfindung* der Muster des generativen Handelns auf der Grundlage der gegebenen, transferierten institutionellen Rahmenbedingungen und der eigenen kulturellen Tradition, die auf der Ebene der individuellen Wertvorstellungen und Einstellungen fortexistiert. Aufgrund der eigenen Erfahrung, dass die Entscheidung zu einem Kind kein risikoreiches und die berufliche Existenz einer Frau gefährdendes Ereignis sein muss, sind in der DDR sozialisierte Frauen nicht ohne weiteres bereit, eine unter den neuen institutionellen Rahmenbedingungen riskante Entscheidung zur Realisierung eines Kinderwunsches zu treffen. Eine Entwicklung, auf die die bundesdeutsche Familienpolitik durch eine zum Ende der 1990er Jahre eingeleitete schrittweise Abkehr von der traditionalistisch-konservativen Leitidee der *männlichen Ernährerehe* reagiert hat. Das bedeutet, dass die ostdeutschen Frauen durch ihr Handeln zu einer Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Makroebene, d. h. der Institution der Familienpolitik beigetragen haben, die zu einer Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen auch für westdeutsche Frauen geführt hat, so dass eine Angleichung des generativen Handelns der ost- und westdeutschen Frauen nicht als einseitige Übernahme bereits existierender Handlungsmuster westdeutscher Frauen durch die ostdeutschen Frauen zu erwarten ist, sondern als ein gemeinsames Reagieren ost- und westdeutscher Frauen auf veränderte institutionelle Rahmenbedingungen.

Den Verlauf dieses Prozesses mittels statistischer Modelle zu rekonstruieren scheitert an dem bislang noch offenen Ende; die bereits im vereinten Deutschland sozialisierten ostdeutschen Frauen treten erst in die fruchtbare Phase im Lebensverlauf einer Frau ein, diejenigen ost- und westdeutschen Geburtsjahrgänge, auf deren generatives Handeln die neuesten familienpolitischen Entwicklungen Einfluss haben dürften, sind noch weit von dem Beginn derselben entfernt. Jedoch lässt sich der Beginn dieses Prozesses, die Phase der *schöpferischen Neugestaltung*, d. h. die Bedeutung, die den auf die Familienpolitik der DDR zurückzuführenden Lebensverläufen, Wertvorstellungen und Einstellungen der ostdeutschen Frauen für das generative Handeln in den ersten Jahren nach 1990 zukommt, mittels statistischer Modelle analysieren und quantifizieren.

Zur Rekonstruktion der theoretischen Argumentation wird in einem ersten Schritt der Zusammenhang zwischen Institutionen, Lebensverläufen und Einstellungen aufgezeigt, bevor in einem zweiten Schritt das einigungsbedingte Ausmass des Widerspruches zwischen gesellschaftlicher Makroebene und individueller Mikroebene über eine vergleichende Darstellung der familienpolitischen Leitideen und der daran orientierten Massnahmen und Leistungen in der DDR und der Bundesrepublik zum Ende der 1980er Jahre einerseits und den Lebensverläufen und Einstellungen der ost- und westdeutschen Frauen andererseits dargestellt wird.

Abschliessend wird der theoretisch begründete und empirisch ermittelte Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Makroebene und individueller Mikroebene bezüglich seiner Auswirkungen auf das generative Handeln, auf die relative Chance zur Geburt eines Kindes, über die Analyse verschiedener statistischer Modelle quantifiziert.

2 Institutionen, individuelle Einstellungen und soziales Handeln

Institutionen weisen als «Veranstaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen» (Hauser, 1973, 105) einen Zwangscharakter auf, der der Sicherung der sie begründenden Werte dient (Weber, 1972, 28; Hauser, 1973; Lepsius, 1990a). Je mehr die gesetzten Ordnungen jedoch auf gesellschaftlich anerkannten Werten beruhen, desto geringer ist der Zwangscharakter von Institutionen und desto grösser ihre Legitimität.

Zu dem Zweck der Sicherung der den Institutionen zugrunde liegenden Werte bzw. Leitideen (Lepsius, 1997) strukturieren Institutionen Handlungskontexte (Lepsius, 1990a) bzw. Handlungsfelder (Mayer, 1990), innerhalb derer die institutionellen Vorgaben zur Umsetzung der institutionellen Leitideen Gültigkeit beanspruchen. «Ideen konstituieren spezifische Wertsphären und bestimmen die Handlungsorientierungen innerhalb dieser Sphären; ... Sie trennen etwa über eine spezifische Berufsethik die Arbeitssphäre von der Konsumsphäre, den Betrieb von der Familie, sie lösen das Arbeitsverhältnis aus den Lebensverhältnissen und geben der Arbeitssphäre einen autonomen Wertgehalt» (Lepsius, 1990a, 43). Innerhalb dieser Sphären bzw. Handlungsfelder nimmt der Einzelne soziale Positionen und Rollen ein, die über Verhaltenserwartungen, die der jeweiligen institutionellen Leitidee entsprechen, definiert sind. Über Sozialisationserfahrungen und Anpassungen an eine institutionell definierte und strukturierte soziale Umwelt entwickeln sich individuelle Werte und entsprechen so den institutionellen Leitideen. Gleichermaßen gilt für das Verhältnis von individuellen Einstellungen und institutionellen Leitideen, da Einstellungen als objektbezogene Differenzierungen von Werten zu verstehen sind. Dadurch eignen sie sich besser als Zurechnungseinheiten von Handlungen als allgemein gehaltene Wertvorstellungen. Je mehr sich individuelle Einstellungen und institutionelle Leitideen entsprechen, desto grösser ist die *positive Handlungrelevanz* von individuellen Einstellungen, d. h. desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass das soziale Handeln einstellungskonform ist. Dies aufgrund der einfachen Tatsache, dass zur Umsetzung der Einstellungen die entsprechenden Handlungsfelder vorhanden sind. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass eine vollkommene Konvergenz zwischen Einstellungen und institutionellen Leitideen das Ziel von Institutionalisier-

ungsprozessen ist, da diese vollkommene Übereinstimmung von gesellschaftlicher Makroebene und individueller Mikroebene gesellschaftlichen Stillstand bedeutet.³

Die deutsche Einigung dagegen hat den konträren Fall geschaffen: Die Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung finden auf der Ebene der transferierten bundesdeutschen Institutionen, ihrer Leitideen und Handlungsfelder keine Entsprechungen, wodurch den Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung keine *positive Handlungsrelevanz* zukommen kann. So geschehen für die Vorstellungen der ostdeutschen Frauen bezüglich Synchronität von Familien- und Erwerbsarbeit vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Familienpolitik und ihrer Leitidee der *männlichen Ernährerehe*.

3 Familienpolitik und Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit

Familienpolitik wird allgemein definiert als «das bewusste und planvoll ordnende, zielgerichtete und machtgestützte Einwirken von Trägern öffentlicher Verantwortung auf Struktur und Funktion familialer Lebensgemeinschaften (Wingen, 1997, 19). Die Richtung des Einwirkens und die Definition dessen, was unter einer familialen Lebensgemeinschaft zu verstehen ist, werden über die jeweils vertretene familienpolitische Leitidee bestimmt.

Die Unterschiede zwischen der familienpolitischen Leitidee der DDR und der der Bundesrepublik sind im Gesamtkontext sich unterscheidender Gesellschaftssysteme und Gesellschaftspolitiken zu analysieren.

3.1 Familienpolitik in der DDR

Die Familienpolitik der DDR war Teil einer Gesellschaftspolitik, die dem Aufbau einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft dienen sollte. Mit der Aufhebung der Klassengegensätze musste die Diskriminierung der Frau fallen, da die Diskriminierung der Frau in den Gesamtzusammenhang der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse gestellt wurde und somit nur über die Teilhabe der Frau am Produktionsprozess innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft aufgehoben werden konnte. Charakteristisch für die familienpolitische Leitidee der DDR war damit die Forderung, Frauen am Erwerbsleben teilhaben zu lassen.⁴

3 Vgl. hierzu die Erläuterungen von Bourdieu ([1971] 1981, 171, Hervorhebung im Original), für den die «unmittelbare Entsprechung zwischen Struktur und Habitus ... nur *ein Sonderfall* der möglichen Fälle im System der Beziehungen zwischen objektiven Strukturen und Dispositionen ist». Dieser Sonderfall zeichnet sich dadurch aus, dass «die Entstehungsbedingungen des Habitus identisch oder homothetisch mit den Bedingungen sind, unter denen er wirkt».

4 Inwiefern dieses Interesse als primär arbeitsmarktpolitisch motiviert, zur Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften, zu bezeichnen ist, ist eine Frage, deren Beantwortung keinen Einfluss auf

Konnte die DDR schon seit Beginn der 1950er Jahre eine im internationalen Vergleich hohe Frauenerwerbsquote von knapp über 50% aufweisen, so fiel es den Frauen zunehmend schwer, Erwerbs- und Familienarbeit zu vereinbaren. Auf dem VIII. SED-Parteitag von 1971 wurde ein sozialpolitischer Kurswechsel eingeleitet, indem die staatliche Verantwortlichkeit für die Sicherung zumindest der einfachen Reproduktion als konstitutiver Bestandteil von Familienpolitik explizit anerkannt wurde. Massgebliches Ziel familienpolitischer Massnahmen und Leistungen bestand von da an in der Sicherung der synchronen Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit – jedoch nur für Frauen. Zur Erfüllung dieser Zielsetzung wurden bestehende familienpolitische Massnahmen ausgebaut, wie die staatlich garantierte Versorgung mit Kinderkrippen, -gärten und -horten. Die ganztägige Betreuung der Kinder war bis zu deren zehntem Lebensjahr gewährleistet; Krippen für die Kleinkinder, Kindergärten für die Drei- bis Siebenjährigen und Horte für Schulkinder bis zum Alter von zehn Jahren. Darüber hinaus gab es in den Schulen warmes Mittagessen. Der Besuch der Betreuungseinrichtungen war kostenlos. Von den Eltern war lediglich ein geringer Unkostenbeitrag zur Verpflegung zu erstatte. Für Studentinnen und Auszubildende mit Kind wurden Betreuungseinrichtungen sowie entsprechende Wohnbedingungen bereitgestellt. Darüber hinaus konnten mit diesen Müttern Förderungsvereinbarungen getroffen werden. Zudem erhielten sie monatlich für jedes zu betreuende Kind einen Zuschuss von 60 Mark zum Kindergeld.

Aus Studien der Lebensverlaufsforschung ist bekannt, dass durch Massnahmen dieser Art frühe Familiengründungen, auch während Phasen der Ausbildung, die Regel waren (Huinink und Wagner, 1995). Durch die Einführung eines Babyjahres, an dessen Ende die Weiterbeschäftigung durch den Betrieb garantiert war, wurde nicht nur, wie bei den oben genannten Massnahmen, zur Steigerung der Reproduktion beigetragen, sondern auch das Ausmass und die Dauer von Unterbrechungsphasen der Erwerbstätigkeit reduziert (Trappe, 1995; Sørensen und Trappe, 1995). Weitere familienpolitische Massnahmen, gekoppelt mit bildungs-, wohnungs- und steuerpolitischen Leistungen trugen zur Synchronität von Familien- und Erwerbstätigkeit von Frauen bei.

Ganz anders dagegen die Zielsetzung familienpolitischer Massnahmen und Leistungen in der Bundesrepublik, die bis zum Ende der 1990er Jahre der Umsetzung der familienpolitischen Leitidee der *männlichen Ernährerehe* dienten.

3.2 Familienpolitik im vereinten Deutschland

Die Leitlinien der bundesdeutschen Gesellschaftspolitik im allgemeinen und der Familienpolitik im besonderen wurden in der Gründungsphase der Bundesrepu-

die Wirkungsweise der, der Umsetzung der familienpolitischen Leitidee dienenden, familienpolitischen Massnahmen und Leistungen haben sollte.

blik in Abgrenzung zum III. Reich und zur DDR festgesetzt, indem die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft angesehen wurde (Schäfgen und Spellerberg, 1998). Innerhalb dieser Trennung fiel der Zuständigkeitsbereich der Frau in die private Sphäre der Haus- und Familienarbeit, der des Mannes in die öffentliche Sphäre der Erwerbsarbeit. Gleichzeitig war der Mann auch Regelungsinstanz für innerfamiliale Belange. Diese an der Trennung von öffentlicher und privater Sphäre und der Dominanz des männlichen Ernährers orientierte familienpolitische Leitidee ist die der *männlichen Ernährerehe*.

Trotz Tendenzen, die weibliche Erwerbstätigkeit vom Willen des Ehemannes und der hausfraulichen Pflichterfüllung zu entkoppeln, wie dies im Zuge der Reform des Ehe- und Familienrechtes von 1977 geschah, steht im Mittelpunkt der bundesdeutschen Familienpolitik, wie sie im Zuge des deutschen Einigungsprozesses im Osten Deutschlands Gültigkeit beanspruchte, die *bürgerliche Normalfamilie* (Huf, 1998) mit dem «Arbeitsbürger auf der einen, der Haushaltsbürgerin auf der anderen Seite» (Lessenich, 1996, 757).

Die weibliche Erwerbstätigkeit ist nicht zeitgleich zur Haus- und Familienarbeit vorgesehen, sondern im Sinne des *Drei-Phasen-Modells* (Myrdal und Klein, 1956) als eigenständige Phase vor und nach Phasen der Kinderbetreuung. Entsprechend gibt es zu Beginn der 1990er Jahre keine staatlich garantierte Versorgung mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Dort, wo vorhanden, dienen sie nicht der ganztägigen Kinderbetreuung. Frauen werden im Falle der Realisierung eines Kinderwunsches in die zweite Phase des Rückzuges aus dem Erwerbsleben gedrängt, wobei Massnahmen zur Erleichterung des Wiedereinstieges, der durch einen bis zu dreijährigen Erziehungsurlaub mit hohen beruflichen Dequalifizierungen verbunden sein kann, fehlen. Findet eine Rückkehr in die Erwerbstätigkeit statt, so meistens in der Form von Teilzeitarbeitsverhältnissen. Die ostdeutschen Kommunen reagierten Mitte der 1990er Jahre mit der Erhöhung der Zahl von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersgruppen. Die für die DDR ermittelte Bedeutungslosigkeit der Kinderzahl für die weibliche Erwerbstätigkeit (Sørensen und Trappe, 1995) gilt für die Bundesrepublik sowohl vor als auch nach 1990 nicht (Schulze Buschoff, 1999). Das hat zur Folge, dass insbesondere Frauen mit hohen Karriereressourcen auf die Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches verzichten (Blossfeld und Huinink, 1989; Blossfeld, Huinink und Rohwer, 1991), was zu der bekannten Polarisierung der Familien- und Beziehungsformen in entweder Zwei-Kind-Familie mit der Frau als Hausfrau und Mutter oder kinderlose Beziehung mit erwerbstätiger Frau (Strohmeier, 1993; Huinink, 1995) führt.

4 Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit

Korrespondieren individuelle Wertorientierungen und Einstellungen aufgrund von Sozialisationserfahrungen, aufgrund von Anpassungsleistungen an existierende Lebensbedingungen, im Zuge der Erfüllung von an soziale Positionen gerichtete Verhaltenserwartungen mit institutionellen Leitideen, müsste sich diese Übereinstimmung der Einstellungen ost- und westdeutscher Frauen mit den jeweiligen familienpolitischen Leitideen zeigen lassen. Insbesondere Einstellungen zur parallelen Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit sind zur Analyse solch einer Konvergenz von Interesse.

Die folgenden Darstellungen der Einstellungen ost- und westdeutscher Frauen zur Problematik der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit beruhen auf den Daten des deutschen Family and Fertility Survey, der im nächsten Kapitel vorgestellt wird. An dieser Stelle ist jedoch zu erwähnen, dass die im folgenden dargestellten Einstellungen im Querschnitt erhobene sind. Sie wurden innerhalb des Zeitraumes von Mai bis September 1992 erhoben. Aufgrund der vorgestellten Annahmen, dass Werte und Einstellungen über Sozialisationserfahrungen und Anpassungen an institutionell strukturierte soziale Umwelten erworben werden, sind sie als langfristig stabile Grundlagen individuellen Handelns zu sehen und können durch die zeitliche Nähe des Erhebungsjahres zum Jahr der deutschen Einigung als historisch gewachsen und bedingt durch das jeweilige Gesellschaftssystem betrachtet werden. Bezwifelt man die Stabilität von Einstellungen auf der individuellen Ebene und betrachtet diese als verursacht durch das Auftreten relevanter Ereignisse, wie die Geburt eines Kindes, müssten die in den folgenden Abschnitten dargestellten Unterschiede zwischen den Einstellungen ost- und westdeutscher Frauen auf Verteilungsunterschiede solcher Ereignisse zurückzuführen sein. Empirische Analysen zeigen jedoch, dass das nicht zutrifft (Niephaus, 2000).

4.1 Einstellungen ostdeutscher Frauen

Gefragt nach der von ihnen bevorzugten Möglichkeit zur Vereinbarung von Familien- und Erwerbstätigkeit geben knapp 40% der ostdeutschen Frauen die Variante Teilzeitarbeit und Kinder an, gefolgt von 37%, die parallel zur Betreuung von Kindern einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen wollen. 9% wünschen eine Unterbrechung der Berufstätigkeit zur Betreuung von Kindern und nur 5% lehnen eine Berufstätigkeit ab. Den umgekehrten Extremfall der Kinderlosigkeit bei Erwerbstätigkeit bevorzugen lediglich 9% der ostdeutschen Frauen (vgl. Tabelle 1).

Die deskriptiven Resultate zeigen eine Konvergenz zwischen der, der Familienpolitik der DDR zugrunde liegenden, Leitidee und den Einstellungen der ostdeutschen Bürgerinnen, was auf eine Akzeptanz der familienpolitisch geförderten und geforderten Mutterrolle hinweist. 77% der Frauen präferieren die parallele

Tabelle 1: Einstellungen ost- und westdeutscher Frauen zu Familien- und Erwerbstätigkeit

Einstellungen	ostdeutsche Frauen, in %	westdeutsche Frauen, in %
Vollzeit ohne Kinder	8	13
Vollzeit und Kinder	37	9
Teilzeit ohne Kinder	1	2
Teilzeit und Kinder	40	29
Hausfrau und Kinder	5	22
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, wenn Kinder	9	25

Quelle: Family and Fertility Survey (1992); eigene Berechnungen

Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit, ziehen jedoch mit knapper Mehrheit die Variante der Teilzeitarbeit für diese Vereinbarkeit vor. Der Grund hierfür kann in der Tatsache gesehen werden, dass Frauen in der DDR zwar die Möglichkeit der parallelen Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit hatten, dies jedoch in der Regel ein alternativloser Weg war, der lediglich die Vollzeitteilhabe der Frau am Erwerbsleben gewährleistete. Dieser weitestgehend alternativlose Weg ändert nichts an der gesellschaftlich akzeptierten Rolle der erwerbstätigen Mutter, wie auch eine Analyse von Schäfgen und Spellerberg (1998) zeigt: Demnach sind lediglich 30% der ostdeutschen Männer und 31% der ostdeutschen Frauen der Meinung, dass die Familie unter der Berufstätigkeit der Frau leide. Nur 11% der Ostdeutschen – sowohl 11% der Männer als auch 11% der Frauen – stimmen der Äusserung zu, der Mann solle Geld verdienen und die Frau sich um den Haushalt kümmern.

4.2 Einstellungen westdeutscher Frauen

Ist für die ostdeutschen Frauen eine Präferenz für die synchrone Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit zu beobachten, so sieht das Bild für die westdeutschen Frauen im Einklang mit der vertretenen familienpolitischen Leitidee der *männlichen Ernährerehe* anders aus (vgl. Tabelle 1): 9% der Frauen wünschen, neben der Erziehung von Kindern einer Vollzeitwererwerbstätigkeit nachzugehen, 29% dagegen präferieren parallel zur Versorgung von Kindern eine Teilzeiterwerbstätigkeit. 22% der westdeutschen Frauen präferieren das Modell der Hausfrauenehe und 25% wünschen während Zeiten der Kindererziehung eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. 13% der Frauen wünschen sich eine Vollzeiterwerbstätigkeit bzw. 2% eine Teilzeiterwerbstätigkeit und Kinderlosigkeit. Sowohl Kinderlosigkeit gekoppelt mit Erwerbstätigkeit als auch Erwerbslosigkeit gekoppelt mit ausschliesslicher Familienarbeit sind entsprechend der Polarisierung der Familienformen in Westdeutschland in entweder 2-Kind-Familie mit

der Frau als Hausfrau und Mutter oder kinderlose Beziehung mit erwerbstätiger Frau im Westen häufiger anzutreffende Muster der gewünschten Lebensführung als im Osten.

Die Rolle der erwerbstätigen Mutter ist nicht nur eine weit verbreitete Vorstellung bezüglich der persönlichen Lebensführung, sondern erfährt auch wenig gesellschaftliche Anerkennung (Schäfgen und Spellerberg, 1998): 63% der westdeutschen Männer und 61% der westdeutschen Frauen stimmen der Feststellung zu, dass unter der Berufstätigkeit der Frau die Familie leide. Insgesamt 36% der Westdeutschen befürworten die Begrenzung des weiblichen Tätigkeitsbereiches auf den Haushalt.

5 Methodische Umsetzung

Die theoretisch diskutierten Mechanismen der Vermittlung zwischen der gesellschaftlichen Makroebene und der individuellen Mikroebene innerhalb von statistischen Modellen abzubilden, ist leider nicht möglich: Statistische Modelle sind lediglich in der Lage, «Beziehungen zwischen Merkmalen [der jeweils interessierenden Analyseeinheiten, Y.N.] zum Ausdruck» zu bringen (Rohwer, 1998, 63), nicht aber die Mechanismen offen zu legen, die zur Entstehung solcher Beziehungen, ablesbar über statistische Regelmäßigkeiten, beitragen. So ist eine direkte Quantifizierung des Einflusses von Institutionen auf individuelles Handeln nicht möglich. Jedoch ist es möglich, über die Veränderung der Handlungsrelevanz individueller Einstellungen Rückschlüsse auf die dahinter stehenden sozialen Mechanismen zu ziehen.

Die Handlungsrelevanz der Einstellungen der ostdeutschen Frauen in dem Bereich Familien- und Erwerbstätigkeit bezüglich des generativen Handelns für die Zeit vor und nach 1990 werde ich über die Analyse verschiedener Zeiträume und der innerhalb dieser Zeiträume feststellbaren Wirkungszusammenhänge zwischen dem generativen Handeln, d. h. in diesem Fall der Geburt eines Kindes, und als für dieses wichtig erachteten Faktoren, zu denen auch die Einstellungen der ostdeutschen Frauen bezüglich Familien- und Erwerbsarbeit zählen, mittels logistischer Regressionsmodelle ermitteln. Die Bedeutung der in den einzelnen logistischen Regressionsmodellen ermittelten Wirkungszusammenhänge ist vor dem jeweiligen historischen Hintergrund und den jeweils existierenden institutionellen Rahmenbedingungen zu sehen. Mit anderen Worten gehe ich davon aus, über das Feststellen statistischer Regelmäßigkeiten zwischen individuellen Einstellungen und dem generativen Handeln innerhalb statistischer Modelle Rückschlüsse auf die Institution der Familienpolitik ziehen zu können, die feststellbare Regelmäßigkeiten zwischen diesen beiden Merkmalen der Analyseeinheiten verursacht. Zu diesem Zweck werden Zeiträume analysiert, die eine Kontrolle familien-

politischer Veränderungen zulassen, da zwischen den zu analysierenden Zeiträumen familienpolitische Veränderungen stattgefunden haben. Das erste Modell legt als Untersuchungszeitraum die Jahre 1974 bis 1976 zugrunde, das zweite die Jahre 1982 bis 1984, die Jahre 1990 bis 1992 stellen den Untersuchungszeitraum für das dritte Modell dar. Das letztgenannte Modell beginnt mit dem Jahr der deutschen Einigung, wenngleich diese erst im Oktober des Jahres vollzogen wird, und endet mit dem Jahr der Datenerhebung. Sollte der Transfer der bundesdeutschen Familienpolitik auf das Gebiet der DDR einen Einfluss auf das generative Handeln haben, so ist davon auszugehen, dass dieser Einfluss über den Vergleich der für die Jahre 1990 bis 1992 feststellbaren Zusammenhänge zwischen den individuellen Einstellungen und dem generativen Handeln mit denjenigen für die Jahre 1974 bis 1976 und 1982 bis 1984 erkennbar wird. Diese beiden Zeiträume beruhen auf Drei-Jahres-Intervallen nach dem VIII. SED-Parteitag von 1971, auf dem die SED einen sozialpolitischen Kurswechsel einleitete, indem die staatliche Verantwortlichkeit für die Sicherung der einfachen Reproduktion anerkannt wurde, was sich in der Formulierung von insbesondere familienpolitischen Massnahmen und Leistungen äusserte, deren Ziel darin bestand, Frauen die parallele Vereinbarkeit von Familien- und Hausarbeit zu ermöglichen.

5.1 Die Datenbasis und die in die Analyse eingegangenen Variablen

Der deutsche Family and Fertility Survey ist innerhalb einer international vergleichenden Untersuchung zu den Themen Familienbildung und Kinderwunsch als Querschnittsdatensatz mit einigen retrospektiv angelegten Frageblöcken erhoben. Die deutschen Daten wurden unter der Leitung des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden von Mai bis September 1992 erhoben und lassen damit Rückschlüsse auf die gesellschaftlichen Prozesse zu Beginn der 1990er Jahre zu, wie sie zur Analyse des Geburtseinbruches als Resultat einer *schöpferischen Neuerfindung* der Muster des generativen Handelns durch die ostdeutschen Frauen notwendig sind. Das Alter der Stichprobenmitglieder liegt zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 20 und 39 Jahren (Dorbritz und Fux, 1997).⁵

Der Familienstand, die Berufserfahrung, die Geburtskohortenzugehörigkeit, das aktuelle Lebensalter, die Zahl bereits vorhandener Kinder, das Wohnen bei den eigenen Eltern oder Pflegeeltern vor Geburt des ersten Kindes, die aktuelle Beteiligung im Bildungssystem, die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und die individuellen Einstellungen bezüglich der Vereinbarkeit der Handlungsfelder der Familien- und Erwerbstätigkeit sind die in die Analyse eingegangenen Variablen. Die Kriterien für die Aufnahme der Variablen in die Analyse liegen massgeblich in der möglicherweise unterschiedlichen Bedeutungszuweisung des jeweiligen Merkmals vor und nach 1990, d. h. in der DDR und im vereinten Deutschland:

5 An dieser Stelle möchte ich mich beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, welches mir die Daten zur Verfügung stellte, bedanken.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass das generative Handeln mit dem Ziel der Geburt eines Kindes in der früheren DDR im Sinne einer *instrumentellen Lebensplanung* (Huinkink, 1995) verstanden werden kann. Wir wissen, dass in der DDR bei der Vergabe von Wohnraum Paare mit Kindern bevorzugt wurden, so dass die Aussicht auf das Erlangen einer eigenen Wohnung für diejenigen Paare, die bei den Eltern oder Schwiegereltern lebten, die Wahrscheinlichkeit der Geburt eines Kindes als Mittel zur Erlangung von Wohnraum erhöhen kann. Daher wurde in den folgenden logistischen Regressionsmodellen das Wohnen bei den Eltern oder Pflegeeltern vor der Geburt des ersten Kindes berücksichtigt. Die Beschränkung auf die Geburt des ersten Kindes ergibt sich aus inhaltlichen Überlegungen: Es scheint sinnlos, die Geburt des zweiten oder weiteren Kindes im Sinne einer oben beschriebenen *instrumentellen Lebensplanung* zu interpretieren, da die Frage des Wohnraumes eng mit dem ersten und nicht den weiteren Kindern verbunden ist. Die alleinige Berücksichtigung des Wohnens bei den eigenen Eltern oder Pflegeeltern ist eine weitere Einschränkung, die keiner inhaltlichen Logik folgt, sondern aufgrund der Datenlage erfolgt. Über die Daten des Family and Fertility Survey ist ein Wohnen bei den Schweigereltern nicht erfassbar. Die Karriereressourcen der Frauen werden über die bis zum jeweiligen Zeitpunkt angesammelte Berufserfahrung operationalisiert, ohne allerdings das mit der jeweiligen Tätigkeit verbundene Prestigeniveau berücksichtigen zu können. In Analysen von Blossfeld und Huinkink (1989) und Blossfeld, Huinkink und Rohwer (1991) haben die weiblichen Karrierersourcen unter Berücksichtigung des Prestigeniveaus einen negativen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit dafür, dass Frauen ein Kind bekommen. Die Autoren erklären diesen Effekt über die mit der Zunahme von Karrieressourcen steigende Arbeitsmarktorientierung von Frauen und die Unvereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Beachtet man die Existenz von familienpolitischen Massnahmen und Leistungen, die Frauen über alle beruflichen Stellungen und Tätigkeiten hinweg die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit in der DDR erleichtern sollten, ist davon auszugehen, dass der negative Einfluss von Karriereressourcen auf die Wahrscheinlichkeit, ein Kind zur Welt zu bringen, in Ostdeutschland vor 1990 nicht zu beobachten sein dürfte. Als Kontrollvariable zur unverzerrten Schätzung des Einflusses der Berufserfahrung dient in den einzelnen Modellen das Lebensalter der Frauen. Weitere Variable, deren Bedeutung vor und nach 1990 unterschiedlich sein sollte, ist die der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Wenngleich es de facto keine Arbeitslosigkeit in der DDR gab, wird von Frauen dennoch angegeben, innerhalb bestimmter Zeiträume arbeitslos gewesen zu sein. Es ist davon auszugehen, dass Frauen in der DDR Phasen der Arbeitslosigkeit zur Geburt von Kindern nutzten, um die Phase der Pflege eines Kleinkindes ohne die Doppelbelastung der gleichzeitigen Familien- und Erwerbstätigkeit bewältigen zu können. Es ist meines Erachtens nicht davon auszugehen, dass ostdeutsche Frauen nach 1990 auftretende Phasen von

Arbeitslosigkeit als Auszeiten von ihrer Doppelbelastung sehen und diese zur Geburt von Kindern nutzen, da sich dadurch ihre Chancen der Reintegration in den Arbeitsmarkt verringern. Als weitere unabhängige Variable ist die aktuelle Anzahl der schon vorhandenen Kinder kontrolliert. Zudem habe ich den Familiengrund aufgenommen, da der formale Status einer Beziehung in der DDR weit weniger von Bedeutung für das generative Handeln war, als dies für die Bundesrepublik zu beobachten ist (Huinink und Wagner, 1995). Ebenso an Bedeutung gewinnen sollte in der Zeit nach 1990 der Umstand der aktuellen Bildungsbeteiligung, da Erleichterungen für Auszubildende und Studentinnen mit Kind nach dem Inkrafttreten der familienpolitischen Leistungen der Bundesrepublik entfallen.

Die genannten Variablen gehen zeitveränderlich in die Modelle ein. Das bedeutet, dass sowohl zwischen den Modellen für die drei analysierten Zeiträume als auch innerhalb der, den einzelnen Zeiträumen zugrunde liegenden Jahre Veränderungen in den Merkmalsausprägungen auftreten können. Weitere Variablen, wie das Haushaltseinkommen, die Zukunftserwartungen, das Schul- und Ausbildungsniveau, die für das generative Handeln von Interesse sind, können nicht in die Analyse einbezogen werden, da sie lediglich für das Jahr 1992 vorliegen und somit nicht in die unterschiedlichen Modelle einzuführen sind, da man davon ausgehen muss, dass sich die entsprechenden Merkmalsausprägungen im Laufe des Lebens ändern. Als zeitkonstante Merkmale gehen die Einstellungen der ostdeutschen Frauen bezüglich der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit in die Analysen ein. In die vorliegende Analyse sind sie als vier Dummy-Variablen eingegangen, deren gemeinsame Referenzkategorie die präferierte Möglichkeit der Hausfrau ist. Eine Lebensplanung, die von der Familienpolitik der DDR weder gefordert, noch gefördert wurde, wohl aber von der bundesdeutschen Familienpolitik.

5.2 Die Ergebnisse der logistischen Regressionsmodelle

Für alle drei logistischen Regressionsmodelle wurden jeweils nur Frauen in die Analysen einbezogen, die zu Beginn des zu analysierenden Zeitraumes mindestens 15 Jahre alt waren, da sie die Gruppe unter Risiko darstellen. Biologische Restriktionen nach oben sind aufgrund der Altersspanne der Stichprobe nicht zu beachten; allgemein wird das 45. Lebensjahr als Endpunkt der fertilen Phase von Frauen angesehen, da aber zum Erhebungszeitpunkt die ältesten Stichprobenmitglieder 39 Jahre alt sind, tritt in keinem der Modelle das Problem auf, aus der fertilen Phase ausgeschiedene Frauen in die Analysen einzubezogen zu haben. Allerdings ergeben sich durch den Umstand, dass mit zunehmender zeitlicher Rückverlagerung der Untersuchungszeiträume die Variation in den Variablen abnimmt, Einschränkungen: Der Familienstand der Verwitweten ist in den Modellen für die Jahre vor 1984 nicht in die Analysen einzubeziehen, da das Ereignis der Verwitwung nicht

anzutreffen ist, somit keine Variation bezüglich dieses Merkmals vorzufinden ist. Ähnliches gilt für die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit für das Modell der Jahre 1974 bis 1976 und die Geburtskohortenzugehörigkeit. Im ersten Modell können aufgrund der oben genannten Altersbeschränkung lediglich die Geburtskohorten 1952 bis 1956 und 1957 bis 1961 in die Analyse eingebracht werden.

Tabelle 2: Determinanten der Geburt eines Kindes für die Jahre 1974–1976, 1982–1984 und 1990–1992 (logistische Regression, Odds Ratios)

Variablen	Modell 1 (1974–1976)	Modell 2 (1982–1984)	Modell 3 (1990–1992)
Arbeitslos		4.542*	0.429
Hausfrau	Referenz	Referenz	Referenz
Vollzeit mit Kindern	1.022	1.189	0.527*
Teilzeit mit Kindern	1.440	1.260	0.648*
Erwerbstätig ohne Kinder	1.166	0.695	0.316*
Berufsunterbrechung mit Kindern	1.441	1.471	0.718
Single	Referenz	Referenz	Referenz
Nel ¹	4.628*	2.467*	3.390*
Ehe	6.600*	3.269*	5.929*
Getrennt/Geschieden	0.958	1.169	1.799*
Verwitwet			0.897
Kohorte 1952–1956	Referenz	Referenz	Referenz
Kohorte 1957–1961	0.858	1.536*	0.952
Kohorte 1962–1966		1.349*	1.326
Kohorte 1967–1972		0.361*	0.731
In Schul- oder Ausbildung	0.633*	0.512*	0.283*
Karriereressourcen	0.990	1.058*	1.092*
Lebensalter	1.182*	0.993	0.825*
Wohnhaft bei Eltern vor erster Geburt	8.413*	2.589*	1.142
Zahl der vorhandenen Kinder	0.087*	0.344*	0.429*
Häufigkeit, mit der Ereignisse auftreten, in Prozent	9	11	5

Anmerkungen

¹: Nel steht für nichteheliche Lebensgemeinschaft.

*: Statistisch signifikant zum Niveau 0.05.

In Tabelle 2 werden die Zusammenhänge zwischen dem generativen Handeln und den genannten unabhängigen Variablen ersichtlich. Ein Odds Ratio-Wert kleiner als 1 bedeutet, dass die jeweilige unabhängige Variable das Verhältnis der bedingten Wahrscheinlichkeiten, ein Kind bzw. keines zu bekommen, um den entsprechenden Faktor verringert. Entsprechend erhöht ein Wert grösser 1 das Verhältnis um den jeweiligen Faktor.

Die individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit innerhalb der Jahre 1990 bis 1992 verringert das Verhältnis der Wahrscheinlichkeiten ein Kind bzw. keines zu bekommen, um den Faktor 0,429.⁶ Für den Zeitraum von 1982 bis 1984 fällt der Effekt positiv aus. Es ist davon auszugehen, dass Frauen in der DDR Phasen der Nichterwerbstätigkeit nutzten, um frei von Doppelbelastungen Schwangerschaft und Kindererziehung bewältigen zu können. Differenzierte Analysen von Kreyenfeld (2000) zeigen, dass der für die Jahre nach 1990 ermittelte negative Zusammenhang nur für Frauen mit abgeschlossener Schul- bzw. Berufsbildung gilt. Es ist anzunehmen, dass diese Frauen eine höhere Erwerbsorientierung aufweisen, deren Realisierung durch die Geburt eines Kindes gefährdet gewesen wäre. Dagegen fällt der Zusammenhang zwischen der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und dem generativen Handeln für Frauen ohne berufsqualifizierenden Abschluss positiv aus. Neben dem Einfluss der Arbeitslosigkeitsbetroffenheit hat sich auch der Einfluss des Familienstandes in die angedeutete Richtung verändert. In dem Maße, wie die Vergabe von Wohnraum von dem Vorhandensein mindestens eines Kindes begünstigt wurde, hatte das Wohnen bei den eigenen Eltern oder auch Pflegeeltern vor der Geburt des ersten Kindes einen positiven Effekt auf das generative Handeln. Dieser Effekt besteht auch nach 1990 in den neuen Bundesländern noch fort – allerdings auf einem viel niedrigeren Niveau als insbesondere in der Mitte der 1970er Jahre.

Wie auch in der DDR verringert im vereinten Deutschland die Beteiligung im Bildungssystem die relative Chance zur Geburt eines Kindes. Der negative Effekt nach 1990 ist weitaus stärker als der negative Effekt der Bildungsbeteiligung auf das generative Handeln vor 1990. Grund hierfür ist der einigungsbedingte Wegfall familienpolitischer Massnahmen, die es Auszubildenden und Studentinnen ermöglichen sollten, bereits während der Ausbildung einen vorhandenen Kinderwunsch zu realisieren. Die Zahl der bereits vorhandenen Kinder übt einen negativen Effekt auf das generative Handeln aus, d. h. dass mit zunehmender Zahl bereits vorhandener Kinder die relative Chance zur Geburt eines weiteren Kindes sinkt. Bis auf die Jahre 1974 bis 1976 gilt das gleiche für den Einfluss des Lebensalters auf das generative Handeln. Dass das Lebensalter innerhalb des Zeitraumes 1974 bis 1976 die relative Chance zur Geburt eines Kindes erhöht und nicht senkt, liegt an dem Alter, in dem die Stichprobenmitglieder sich innerhalb dieses Zeitraumes befinden; sie sind alle zwischen 15 und 25 Jahren alt. Die Geburtskohortenzugehörigkeit ändert in den verschiedenen Modellen, d. h. zu unterschiedlichen Kalenderzeiten ihren Einfluss auf das generative Handeln. Man kann davon ausgehen, dass die Geburtskohorte der 1957 bis 1961 geborenen Frauen diejenigen Frauen darstellt, für die die parallele Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit eine Selbstverständlichkeit darstellt, und die bei Fehlen

6 Auch wenn der Effekt der Arbeitslosigkeitsbetroffenheit in dem Modell für die Jahre 1990 bis 1992 statistisch nicht signifikant ist, ziehe ich es vor, einflussstarke Parameter zu interpretieren.

entsprechender Bedingungen, die 1974 erst eingeführt wurden und 1990 wieder abgeschafft wurden, durch Verzicht auf oder Aufschub von Kindern auf die Situation reagieren. Der über alle Modelle zu beobachtende negative Effekt der Zugehörigkeit zur Gruppe der 1967 bis 1972 geborenen Frauen auf das generative Handeln veranschaulicht die Entwicklung des generativen Handelns seit Beginn der 1980er Jahre, welches schon in der DDR rückläufig war. Interessant ist jedoch, dass der Einfluss der Geburtskohortenzugehörigkeit für die 1967 bis 1972 geborenen Frauen zu Anfang der 1980er Jahre negativer ausfällt, als zu Anfang der 1990er Jahre. Ein Vergleich mit den übrigen Kohorteneinflüssen für die Jahre 1982 bis 1984 zeigt, dass der zu Beginn der 1980er Jahre einsetzende Geburtenrückgang in der DDR massgeblich auf die Frauen der jüngsten Geburtskohorte zurückzuführen ist. Der Einfluss der Karriereressourcen auf das generative Handeln ist in allen drei Modellen sehr schwach und kann nicht sehr viel mehr zeigen, als dass diese für das generative Handeln in der DDR von nicht allzu grosser Bedeutung waren, diese aber auch innerhalb der Jahre 1990 bis 1992 auch nicht erlangen konnten.

Die bisher vorgestellten und interpretierten Prädiktoren zur Analyse des generativen Handelns sind aus zahlreichen Analysen zum generativen Handeln bekannt. Bisher weder in der Literatur beachtet, noch in empirische Analysen eingeführt wurden die individuellen Einstellungen der ostdeutschen Frauen bezüglich ihrer Vorstellungen zu Familien- und Erwerbstätigkeit.

Wie das Modell 3 zeigt, ist es in der Tat so, dass von der Hausfrauenrolle abweichende Vorstellungen zur weiblichen Familien- und Erwerbstätigkeit nach 1990 einen negativen Effekt auf das generative Handeln haben. Analysiert man den Zusammenhang lediglich für die Jahre 1991 und 1992, beginnt also mit dem Jahr, in dem die Mehrzahl der familienpolitischen Massnahmen und Leistungen im Osten Deutschlands implementiert wurden, so verstärkt sich der negative Zusammenhang. Lässt man diejenigen Frauen ausser Acht, die keinen Kinderwunsch haben, so verringert sich für diejenigen Frauen, die Vollzeiterwerbstätigkeit mit Kindern präferieren, die relative Chance, ein Kind zu bekommen am stärksten im Vergleich zu den Frauen, die das Modell der Hausfrau präferieren - und zwar um den Faktor 0,527. An zweiter Stelle sinken die Chancen für die Frauen, die eine Teilzeiterwerbstätigkeit mit Kinderbetreuungsaufgaben vereinen wollen. Am nächsten den Handlungsmustern der Frauen mit Hausfrauenwunsch kommen die Frauen, die während Kinderbetreuungszeiten eine Berufsunterbrechung präferieren. Es wird deutlich, dass familienpolitisch nicht geförderte Einstellungen keine *positive Handlungsrelevanz* erlangen können. Aus nicht dargestellten Analysen für Gesamtdeutschland für die Jahre 1990 bis 1992, die alle eine dichotome Ost-West-Variablen, die die Zugehörigkeit zu Ost- oder Westdeutschland anzeigen, enthalten, zusätzlich zu der in aufeinanderfolgenden Schritten die einzelnen unabhängigen Variablen aus den oben dargestellten Analysen eingeführt wur-

den, wird ersichtlich, dass diese Ost-West-Variable einen Grossteil ihres Einflusses unter Berücksichtigung der Einstellungsdummies verliert, was unter Kontrolle der übrigen unabhängigen Variablen nicht passiert (Niephaus 2000).⁷

Dieser Befund zeigt im Zusammenspiel mit den oben dargestellten Resultaten die Bedeutung, die dem Transfer der bundesdeutschen Familienpolitik auf das Gebiet der früheren DDR für das generative Handeln der ostdeutschen Frauen zukommt. Über die letztgenannten Befunde kann sogar die Aussage gewagt werden, dass die Einstellungsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Frauen massgeblich die Unterschiede im generativen Handeln zwischen ost- und westdeutschen Frauen bedingen. Unter Berücksichtigung der theoretischen Bedeutung, die Institutionen und institutionalisierten Handlungsfeldern zukommt, um Einstellungen für individuelles Handeln bedeutsam werden zu lassen, bedeutet das, dass der Widerspruch zwischen den Einstellungen der ostdeutschen Frauen und der übernommenen bundesdeutschen Familienpolitik eine der Hauptursachen für den Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990 ist.

6 Zusammenfassung

Das generative Handeln der ostdeutschen Frauen nach 1990 steht weder im Einklang mit der Leitidee der transferierten Institution der bundesdeutschen Familienpolitik, noch mit den Lebensverläufen und Einstellungen der ostdeutschen Frauen selber. Es ist eine *schöpferische Neuerfindung* der Handlungsmuster der ostdeutschen Frauen, die auf der Grundlage der gegebenen, transferierten institutionellen Rahmenbedingungen und der eigenen kulturellen Tradition, die auf der Ebene der individuellen Wertvorstellungen und Einstellungen fortexistiert, erfolgt und Antrieb für überfällige Veränderungen der bundesdeutschen Familienpolitik ist.

Im Zuge der deutschen Einigung wurden die Defizite der bundesdeutschen Familienpolitik durch die höhere Erwerbsorientierung der ostdeutschen Frauen offenkundig, was zehn Jahre nach der deutschen Einigung zu einer über alle parteipolitische Richtungen zu beobachtenden Umdefinition der sozialen Rolle der Mutter und zum Aufgreifen der Problematik der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit führt. Mitte November 2000 verabschiedete die rot-grüne Regierungskoalition ein Recht auf Teilzeitarbeit, das sowohl Männern als auch

⁷ Auf die detaillierte Darstellung besagter Modelle wurde verzichtet, da sie lediglich zur Analyse spezieller Zusammenhänge spezifiziert wurden, die im Text berichtet werden. Ebenso nicht dargestellt werden Analysen mittels ereignisanalytischer Modelle, die die deutsche Vereinigung als Periodeneffekt erfassen, mit dem die für relevant erachteten Einstellungsvariablen interagieren. Da die Ergebnisse denen der logistischen Regressionsmodelle entsprechen, die theoretischen Annahmen sich jedoch besser über den Vergleich der dargestellten Regressionsmodelle modellieren lassen, wird auf eine Darstellung verzichtet.

Frauen die parallele Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit ermöglichen soll. Wenngleich durch diese Massnahmen noch keine Externalisierung von Kinderbetreuungsaufgaben angestrebt ist, ist Jutta Gysi beizupflichten, die bereits 1990 darauf hinwies, dass es wohl danach aussehe, «als würden Lebensbedingungen und Sozialverhalten künftighin allein vom bundesdeutschen Lebensstil und -verständnis geprägt sein. Sozialwissenschaftlern aber dürfte klar sein, dass nicht alle der in vier Jahrzehnten sozialisierten und mindestens über zwei Generationen befestigten Wertorientierungen und Verhaltensmuster der DDR-BürgerInnen von heute auf morgen ausser Kraft zu setzen sind» (Gysi, 1990, 41). Zwar können sie, wie gezeigt werden konnte, nicht in der bekannten Form weiter wirken, da ihnen hierfür die Handlungsfelder fehlen, doch müssen sie in ihrer Unterschiedlichkeit berücksichtigt werden, will man die Legitimität bundesdeutscher Institutionen aufrechterhalten. Wie im Bereich der Familienpolitik kann dies zu einem Wandel der institutionellen Leitidee führen: «Ohne legitimierende Wertbindungen können Institutionen nicht dauerhaft aufrechterhalten werden, ohne Institutionen gewinnen Wertorientierungen keine dauerhafte Geltung» (Lepsius, 1990b, 63).

In seinen langfristigen Auswirkungen zeigt der deutsche Einigungsprozess exemplarisch die Zweidimensionalität gesellschaftlicher Prozesse, die durch polarisierende Betonungen der einen oder anderen Dimension – der gesellschaftlichen Makroebene oder der individuellen Mikroebene – oftmals aus dem Blick gerät.

7 Literatur

- Blossfeld, Hans-Peter und Johannes Huinink (1989), Die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Frauen und ihr Einfluss auf den Prozess der Familienbildung, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 4/15, 383–404.
- Blossfeld, Hans-Peter; Johannes Huinink und Götz Rohwer (1991), Wirkt sich das steigende Bildungsniveau der Frauen tatsächlich negativ auf den Prozess der Familienbildung aus? Eine Antwort auf die Kritik von Josef Brüderl und Thomas Klein, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 3/17, 337–351.
- Bourdieu, Pierre ([1971] 1981), Klassenschicksal, individuelles Handeln und das Gesetz der Wahrscheinlichkeit, in: Pierre Bourdieu, Luc Boltanski, Monique de Saint Martin und Pascale Maldidier, Hrsg., *Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht*, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, 169–226.
- Bourdieu, Pierre ([1977] 2000), *Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz.
- Dorbritz, Jürgen und Beat Fux (1997), *Einstellungen zur Familienpolitik in Europa. Ergebnisse eines vergleichenden Surveys in den Ländern des «European Comparative Survey on Population Policy Acceptance (PPA)»*, Wiesbaden: Harald Boldt Verlag.
- Gysi, Jutta (1990), Die Zukunft von Familie und Ehe. Familienpolitik und Familienforschung in der DDR, in: Günter Burkart, Hrsg., *Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch*, 1. Beiheft der *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, Weinheim: Juventa Verlag, 33–41.

- Hauser, Alfred (1973): *Der Ursprung der modernen Kunst und Literatur. Die Entwicklung des Manierismus seit der Krise der Renaissance*, München: Beck.
- Höhn, Charlotte, Ulrich Mammey und Hartmut Wendt (1990), Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 2/16, 135–205.
- Huf, Stefan (1998), *Sozialstaat und Moderne. Modernisierungseffekte staatlicher Sozialpolitik*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Huinink, Johannes (1995), Familienentwicklung und Haushaltsgründungen in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung?, in: Bernhard Nauck, Norbert Schneider und Angelika Tölke, Hrsg., *Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch*, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, 39–55.
- Huinink, Johannes und Michael Wagner (1995), Partnerschaft, Ehe und Familie in der DDR, in: Johannes Huinink et al., Hrsg., *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin: Akademie Verlag, 145–188.
- Kreyenfeld, Michaela (2000), *Employment Careers and the Timing of First Births in East Germany*, Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Working Paper 2000–004.
- Lechner, Michael (1998), *Eine empirische Analyse des Geburtenrückgangs in den neuen Bundesländern aus der Sicht der neoklassischen Bevölkerungökonomie*, http://www.vwl.uni-mannheim.de/lehrst/ls_oek/lechner.
- Lepsius, M. Rainer ([1986] 1990a), Interessen und Ideen. Die Zurechnungsproblematik bei Max Weber, in: M. Rainer Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 31–52.
- Lepsius, M. Rainer ([1982] 1990b), Die Prägung der politischen Kultur der Bundesrepublik durch institutionelle Ordnungen, in: M. Rainer Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 63–84.
- Lepsius, M. Rainer (1997), Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien, in: Gerhard Göhler, Hrsg., *Institutionenwandel. Leviathan Sonderheft 16/1996*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 57–69.
- Lessenich, Stephan (1996), Umbauende Abbauten. Die peinlichen Geheimnisse der Debatte um Effektivität und Effizienz der Sozialpolitik, *Zeitschrift für Sozialreform*, 4/42, 754–763.
- Menning, Sonja (1995), Geburten- und Heiratsverzicht in den neuen Ländern – Abschied von der Familie?, in: Herbert Sydow, Uta Schlegel und Andreas Helmke, Hrsg., *Chancen und Risiken im Lebensverlauf. Wandel in Ostdeutschland*, Berlin: Akademie Verlag, 137–150.
- Menning, Sonja und Jürgen Dorbritz (1992), *Wandel des generativen Verhaltens und der Familienbildung in den neuen Bundesländern*, Graue Reihe Nr. 602 der KSPW.
- Mayer, Karl Ulrich (1990), Lebensverläufe und sozialer Wandel. Anmerkungen zu einem Forschungsprogramm, in: Karl Ulrich Mayer, Hrsg., *Lebensverläufe und sozialer Wandel. Sonderheft 31 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 7–21.
- Myrdal, Alva und Viola Klein (1956), *Women's Two Roles: Home and Work*, London: Routledge & Kegan.
- Niephaus, Yasemin (2000), *Der Geburtseinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Lebensverläufe und Lebenspläne ostdeutscher Frauen im Widerspruch zur bundesdeutschen Familienpolitik*, Unveröffentlichte Dissertation, Heidelberg.
- Pfau-Effinger, Birgit (1995), Geschlechterkontrakt, Familienmodell und Erwerbsbeteiligung von Frauen in europäischen Industrieländern, in: Uta Gerhardt et al., Hrsg., *Familie der Zukunft*, Opladen: Leske+Budrich, 171–187.
- Rohwer, Götz (1998), *Stichworte zum Seminar: Wissenschaftstheorie der Soziologie*, <http://www.stat.ruhr-uni-bochum.de>.

- Sackmann, Reinholt (2000), Fertilität im Transformationsprozeß, in: Reinholt Sackmann, Ansgar Weymann und Matthias Wingens, Hrsg., *Die Generation der Wende. Berufs- und Lebensverläufe im sozialen Wandel*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 231–253.
- Schäfgen, Karin und Annette Spellerberg (1998), Kulturelle Leitbilder und institutionelle Regelungen für Frauen in den USA, in West- und in Ostdeutschland, *Berliner Journal für Soziologie*, 1/8, 73–90.
- Schulze Buschoff, Karin (1999), *Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich*, WZB-Discussion Paper FS III 99–406.
- Sørensen, Annemette und Heike Trappe (1995), Frauen und Männer: Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit?, in: Johannes Huinink et al., Hrsg., *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin: Akademie Verlag, 189–222.
- Statistisches Bundesamt (2000), *Datenreport 1999*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Strohmeier, Klaus Peter (1993), Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland, *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B17/93, 11–22.
- Trappe, Heike (1995), *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*, Berlin: Akademie Verlag.
- Weber, Max ([1921] 1972), *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen: J.C.B. Mohr
- Wendt, Hartmut (1991), Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten – zwischen Konvergenz und Divergenz, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 17, 251–280.
- Wingen, Max (1997), *Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Winkler, Gunnar (1990), *Frauenreport '90*, Berlin: Die Wirtschaft.
- Zapf, Wolfgang und Steffen Mau (1993), Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?, *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 10, 1–5.
- Zapf, Wolfgang und Steffen Mau (1998), Zwischen Schock und Anpassung. Ostdeutsche Familienbildung im Übergang, *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 20, 1–4.